

»Ein Verkauf würde dem Sachsenbad ein Stück seiner Seele entreißen.«

André Schollbach



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Februar 2021

Mit voller Kraft voraus

Die Fraktion DIE LINKE startet mit Energie und Tatendrang ins neue Jahr. Ihr erstes Ziel: Den Verkauf des Sachsenbads verhindern.

» Seite 3



Ist das Kunst? Kann das weg?

Immer mehr Menschen, denen die Gefahr von Corona bewusst ist, stellen die Gewichtung der Anti-Corona-Maßnahmen in Frage. Und zwar grundsätzlich.

Wenn man inmitten erbitterter Gefechte um Corona-Leugnung und Maßnahmenverschärfung mitunter auch etwas länger suchen muss, um die Lichtblicke in der aktuellen Debatte, die richtigen Fragen zu finden, so wird man doch immer häufiger fündig: Warum werden Theater, Gaststätten und Zoos geschlossen, Kontakte rigoros beschränkt, aber die Werkshallen bleiben offen, der Bus zur Arbeit ist gerappelt voll und im Logistik-Center stehen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter dicht an dicht?

In Basel haben Wissenschaftler genauer ausgemacht, wer die Pan-

demie treibt: Es sind unter anderem junge, mobile Menschen, mit niedrigem Einkommen in beengten Wohnverhältnissen. Sie haben Jobs, die Kontaktlosigkeit nicht zulassen. Ihnen wie auch all denen, die zu zweifeln beginnen, möchte man zurufen: Das Problem heißt Kapitalismus. Um es mit Raul Zelik zu sagen: »Dem Staat ist die Wirtschaft wichtiger als unser Leben.« Kunst und Kultur, Miteinander – kann alles weg. Aber der Jobmotor muss brummen. Diesem Programm sollten wir etwas entgegensetzen.

Wo Bundesregeln in ihren Gewichtungen schwer zu ändern sind,

braucht zumindest das, was im Kapitalismus »weg kann«, Fürsprache. Wie die Kulturloge, die seit Jahren ärmeren Menschen Kultur zugänglich machte, jetzt in Gefahr war, aber auch jetzt gerettet werden konnte.

Siehe städtischer Haushalt, der Jugendhilfe, Soziales und Kultur strukturell sichert, siehe Pläne für ein jüdisches Museum und für ein Begegnungszentrum in der Altstadt. All diese Initiativen entziehen sich der kapitalistischen Verwertungslogik – es braucht sie, wie in dieser Ausgabe deutlich werden soll.

Thomas Feske

ANTRAGSINITIATIVE

Jüdisches Museum für Dresden

Im Juli 2020 hat DIE LINKE gemeinsam mit den Fraktionen SPD, Grüne, CDU und FDP einen Antrag zur Errichtung eines jüdischen Museums in Dresden eingebracht, welcher derzeit verschiedene Stadtratsgremien durchläuft und voraussichtlich in der Ratssitzung Ende Januar beschlossen wird. Das Museum soll die Geschichte jüdischer Menschen im historischen Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erzählen und darüber hinaus auch die Geschichte jüdischer Menschen im heutigen Polen und Tschechien dokumentieren. Dadurch nimmt es ebenso eine europäische Perspektive ein. Zudem soll das Museum als ein lebendiger Ort fungieren, der für Publikumsverkehr gut zugänglich ist und bestehenden Kulturinitiativen eine Bühne bietet. Trägerschaft und genauer Standort sind jedoch noch nicht festgelegt. In einem Interview berichten die Stadträte Tilo Wirtz und Magnus Hecht über die Entstehung des Antrags. » Seite 4

TOURISMUS

Neues Fußgängerleitsystem



Säule des aktuellen Wegeleitsystems am Pirnaischen Platz

Bisher besaß Dresden ein Wegeleitsystem mit 52 Stelen, welches sich auf den 26er-Ring und die Innere Neustadt konzentriert. Die 2003/2004 aufgestellten Steinsäulen sind grau und unauffällig, zum Teil beschmiert und mit Aufklebern versehen. Dies wird keinesfalls den heutigen Anforderungen einer gelungenen Kommunikation gegenüber Gästen der Stadt gerecht. Im Jahr 2018 reichte DIE LINKE einen Antrag ein, der die Verwaltung beauftragte, ein neues erweitertes Leitsystem zu entwickeln. Es soll unter Beteiligung der örtlichen Initiativen und Vereine entstehen, in der Stadt sichtbar sein und den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft entsprechen. Darüber hinaus soll das Leitsystem über den 26er-Ring hinaus in weitere Stadtviertel und in einer digitalen Variante auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden. Initiativen vor Ort haben bereits viele Informationen zur Geschichte ihres Stadtteils gesammelt, die sie jetzt schon Tourist:innen zur Verfügung stellen und die im neuen Leitsystem auf jeden Fall aufgenommen werden könnten. Zum Beispiel verteilt der Bürgerverein Hellerau bereits jetzt kleine Fleyer zum Helleraurundgang und in Johannstadt wurden geschichtliche Informationen auf Stelen festgehalten.

Zwei Jahre nach Beschluss des LINKEN-Antrags liegt nun der Vorschlag durch die Verwaltung vor, der noch in den Stadtbezirksbeiräten und in weiteren Gremien, wie beispielsweise im Beirat für Menschen mit Behinderungen, diskutiert werden muss. Hoffentlich bietet gerade letzter noch weiteren Input für das Leitsystem. Allerdings steht in dem gerade beschlossenen Doppelhaushalt für die Umsetzung noch kein Geld zur Verfügung. Also bleibt abzuwarten, wann und in welcher Form das neue Leitsystem in der Stadt schlussendlich installiert werden kann.

Anja Apel

Gedanken zum Haushaltsabschluss

In der letzten Sitzung vor Weihnachten beschloss der Stadtrat den Finanzhaushalt für 2021/22.

Wir ziehen ein Fazit zu den Haushaltsverhandlungen.

Ich bin gebeten worden für unsere Fraktionszeitung noch einmal einige Gedanken zum Beschluss des Doppelhaushaltes 2021/22 im Dresdner Stadtrat beizusteuern. Hintergrund ist, dass unsere Fraktion mich wieder zum Verantwortlichen für die Haushaltsverhandlungen bestimmt hat und ich deshalb an den Verhandlungsrunden mit den anderen Bevollmächtigten teilgenommen habe.

Ich will aber tatsächlich keine Detailergebnisse vorstellen oder den Versuch starten, die Leser:innen mit Anekdoten aus den Verhandlungsrunden zu unterhalten. Vielmehr will ich mich der grundsätzlichen Frage widmen, wie ein Haushaltsbeschluss zu bewerten ist, der von fünf der sieben Stadtratsfraktionen getragen wurde.

Einerseits ist es bemerkenswert, dass sich Grüne, CDU, LINKE, SPD und FDP überhaupt in einer so wesentlichen Frage einigen konnten. Die Differenzen in den grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Auffassungen sind eigentlich per Definition unüberwindlich. Dabei sind nicht Grüne und SPD die Überraschung, die je nach politischer Lage so-

wohl mit der CDU als auch mit der LINKEN kooperieren oder auch koalieren können, auch nicht die FDP, die froh war, trotzdem mit am Tisch zu sitzen, auch wenn ihre zusätzlichen Stimmen keinen Ausschlag in der ohnehin vorhandenen Stimmenmehrheit gegeben hätten, sondern die Zusammenarbeit zwischen LINKEN und CDU.

Unter Wahrung der parteipolitischen Erkennbarkeit im Ergebnis der Haushaltsberatungen ist mit diesem Bündnis eine Selbstermächtigung des Stadtrates verbunden, der seine Rolle als Hauptorgan der Gemeinde wahrgenommen hat und verhindern konnte, aufgrund innerer Konflikte zu einem im Zweifel zufällig agierenden Abnick-Gremium degradiert zu werden. Dazu hat sicherlich auch der Vertrauensverlust beigetragen, den der Oberbürgermeister durch sein oft abschätziges Verhalten im Rat erlitten hat.

Andererseits aber ist damit auch etwas sehr Wichtiges gelungen. Ohne eine unter extremem Druck, wie zum Beispiel bei der Oberbürgermeisterwahl in Görlitz, zustande gekommene »Gemeinsamkeit aller Demokrat:innen« konnte die LINKE mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten. Das ist ein außerordentlich gutes Zeichen im Kampf gegen den drohenden weiteren Rechtsruck. Denn, ob unsere Stadt weiter nach rechts rückt, hängt weniger davon ab, ob wir LINKEN besonders stark sind, sondern viel mehr davon, ob die bürgerlichen

Ein gutes Zeichen im Kampf gegen den drohenden weiteren Rechtsruck.

Schichten sich einem Bündnis mit dem erstarken Faschismus öffnen oder nicht. Mit einem Beispiel gelungener Zusammenarbeit zwischen CDU und LINKEN kann all denen Mut gemacht werden, die im bürgerlichen Lager einer solchen Mitte-Links-Option den Vorzug geben würden.

Der Haushalt ist beschlossen worden, ohne dass die beteiligten Fraktionen an die Grenze der Selbstverleugnung gehen mussten. Die AfD und die sehr oft mit der AfD verbündeten Dresdner Freien Wählern hatten keine Gestaltungsoption. Entsprechend böse waren ihre Reaktionen während der Haushaltssitzung des Stadtrates. Vielleicht ist gerade das der größte Erfolg!

Tilo Kiebling



Stadtrat Tilo Kiebling führte für die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat die Haushaltsverhandlungen.



Das Sachsenbad in Pieschen: ein Musterbeispiel der Architektur der Neuen Sachlichkeit der späten zwanziger Jahre.

Neue Hoffnung fürs Sachsenbad?

DIE LINKE setzt sich für die Wiederbelebung des Bades ein. Sie hat bereits mehrere Anträge dazu eingebracht und im Haushalt 2021/22 eine Million Euro für notwendige Sanierungsarbeiten bereitgestellt.

Nach den Plänen von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und des bisherigen Baubürgermeisters Raul Schmidt-Lamontain (Grüne) droht dem Sachsenbad das endgültige Aus als Bad. In den vergangenen Monaten bereiteten sie den Verkauf des Gebäudes und dessen Umbau zu Büroflächen vor. DIE LINKE setzt sich hingegen für die Wiederbelebung des Bades ein. Sie hat dazu bereits mehrere Anträge gestellt. Nun könnte es neue Hoffnung geben.

Im Jahr 2016 beauftragte der Petitionsausschuss den Oberbürgermeister, bis Juni des Folgejahres eine Vorlage zu erarbeiten und zu prüfen, ob in dem Gebäude des Sachsenbades ein zeitgemäßes öffentliches Bad eingerichtet werden kann. Sofern die Errichtung eines zeitgemäßen Bades nicht möglich ist, war zu prüfen, ob unter Bewahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie sowie spezielles Schwimmen für Seniorinnen und Senioren und Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann.

Vorlage für Verkauf vorbereitet

In der dazu im März 2018 erstellten Vorlage »Konzeptausschreibung für das Sachsenbad« wird ausgeführt: »Die seitens der Denkmalschutzkriterien am

geeignetsten bewertete Nutzung ist die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades, zumal es für eine solche Nutzung große Übereinstimmung mit Bürgerinteressen des Ortsamtes sowie Mietinteressenten gibt.« Im Juni 2018 beauftragte der Stadtrat den Oberbürgermeister, eine Konzeptausschreibung für das Sachsenbad durchzuführen. Diese Ausschreibung wurde im September 2018 veröffentlicht und endete im Januar 2019. Anschließend wurde durch Oberbürgermeister Hilbert und den bisherigen Baubürgermeister Schmidt-Lamontain eine Vorlage vorbereitet, mit der dem Sachsenbad nicht nur der Verkauf, sondern auch das endgültige Aus als Bad droht.

Musterbeispiel der Architektur

Dies will die Fraktion DIE LINKE nicht hinnehmen. Sie setzt sich weiter für die Wiederbelebung des in den Jahren 1928/29 von Stadtbaurat Paul Wolf erbauten Sachsenbades als Bad. Dieses gilt als Musterbeispiel der Architektur der Neuen Sachlichkeit der späten 20er Jahre in Dresden. Dazu sagt LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: »Das Sachsenbad ist ein großartiges architektonisches Dokument der Zeitgeschichte. Viele Menschen wünschen sich von ganzem Herzen, dass unter Erhaltung der Architektur wieder ein Bad entsteht.« Mit einem Umbau des Bades zu Büroflächen würde dem Gebäude »das Herzstück entrissen und die See-

»Es ist eine Schande, wie Dresden sein Sachsenbad hat verkommen lassen.« Tilo Wirtz

le geraubt«, so Schollbach weiter. LINKE-Stadtrat Tilo Wirtz, der Mitglied im Bauausschuss ist, sagt: »Es ist wirklich eine Schande, wie Dresden sein Sachsenbad hat verkommen lassen. Chemnitz hat sein Hallenbad aus dieser Zeit, das Stadtbad, seinerzeit das größte Hallenbad Europas, saniert und betreibt es städtisch.« Der Pieschener Stadtbezirksbeirat Dr. Joachim Adolphi ergänzt: »Der Stolz einer Kulturstadt sollte sich auch auf die Lebenskultur ihrer Normalbürger beziehen können. Als Student bin ich dort noch geschwommen, sollten diese Zeiten vor 50 Jahren bessere gewesen sein?«

LINKE stellt mehrere Anträge zum Sachsenbad

Den Worten folgten Taten. So hat die Fraktion DIE LINKE in den vergangenen Monaten drei Anträge zum Sachsenbad in den Stadtrat eingebracht. Im Hauptantrag schlägt DIE LINKE vor, dass sich der Stadtrat für den Erhalt des

Sachsenbades und dessen Entwicklung als Gesundheitsbad ausspricht.

Weiterhin schlägt die Fraktion die Durchführung einer Anhörung zur Zukunft des Sachsenbades vor. Gemäß § 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates können auf Beschluss des Stadtrates, eines seiner Ausschüsse oder eines Ortsbeirates Sachverständige, betroffene Personen und Personengruppen zur Beratung von Anträgen oder Vorlagen eingeladen und zur Darstellung ihrer Auffassung aufgefordert werden.

Zudem beantragt die Fraktion DIE LINKE, ein Bürgerforum zur Zukunft des Sachsenbades durchzuführen, bevor eine Entscheidung in der Sache durch den Stadtrat getroffen wird. Das Bürgerforum hat den Zweck, nach »dem gleichberechtigten Meinungs-austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Stadträtinnen und Stadträten und dem Oberbürgermeister« eine Empfehlung zu einem Vorhaben abzugeben. Die Bürgerinitiative »Endlich Wasser ins Sachsenbad« des Vereins Pro Pieschen e.V. hat knapp 3000 Unterschriften dafür gesammelt. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der ursprünglich ange-dachte Termin für das Bürgerforum bisher nicht stattfinden. Für die Pieschener Stadträtin Pia Barkow ist es selbstverständlich, das Bürgerforum abzuwarten, bevor ein Beschluss zum Sachsenbad gefasst wird. Alles andere sei »für alle Bürgerinnen und Bürger, die das Forum durch ihre Unterschrift gefordert haben, ein Schlag ins Gesicht.«

Thomas Feske

SOZIALES

Wie weiter mit Dresdens Kulturloge?



Aktuell sind alle Plätze in Kultureinrichtungen leer, bald aber hoffentlich wieder mit Leben unabhängig vom Einkommen gefüllt.

Seit sieben Jahren vermittelt der Verein KulturLoge Dresden e.V. kostenlos Eintrittskarten für Kultur- und Sportveranstaltungen an Menschen, denen das Geld fehlt, um Konzerte, Handballspiele, Theatervorstellungen etc. zu besuchen. Für viele reicht das Einkommen nicht aus, um auch am kulturellen Leben in der Stadt teilhaben zu können. Andererseits bleiben bei Veranstaltungen oft Plätze leer. Genau hier setzt die Kulturloge an und versucht diese an Menschen zu vermitteln, die gerne an der Veranstaltung teilnehmen würden. Kultur-Gast werden kann man, wenn man weniger als 950 Euro netto Einkommen im Monat zur Verfügung hat.

Die Vermittlung der Karten an die Gäste erfolgt durch Ehrenamtliche. Im Frühjahr 2020 ist es gelungen, eine finanzielle Förderung durch das Sozialamt für eine hauptamtliche Stelle zu

erreichen. Eine Mehrheit des Sozialausschusses stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, die notwendigen Gelder dafür bereit zu stellen.

Leider hat der Oberbürgermeister eine Fortschreibung dieser Förderung im Haushaltsentwurf 2021/22 abgelehnt, so dass eine Verstärkung derzeit noch ungewiss ist.

In dem vom Stadtrat im Dezember beschlossenen veränderten Haushalt haben wir im Bereich Soziales zusätzlich 300.000 Euro eingestellt, um dort nachzusteuern, wo der Entwurf des Oberbürgermeisters Lücken klaffen ließ. Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, die Arbeit der Kulturloge weiterhin zu fördern und genau dafür einen Teil dieser zusätzlichen Mittel einzusetzen. Nun gilt es erneut eine Mehrheit im Sozialausschuss davon zu überzeugen, diese wertvolle Arbeit der Kulturloge durch die Finanzierung einer festen Stelle zu sichern.

Pia Barkow

Ein Jüdisches Museum in Dresden

Im Sommer 2020 reichten fünf Fraktionen gemeinsam einen Antrag zur Einrichtung eines Museums zur Geschichte und Entwicklung jüdischen Lebens ein. Die Stadträte Tilo Wirtz und Magnus Hecht berichten über den Entstehungsprozess dieses Antrags

Was war die Intention dieses Antrags?

Tilo Wirtz: Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer gibt es nur in Berlin und Erfurt Jüdische Museen. 30 Jahre nach der Wende besteht da Nachholbedarf. Außerdem existiert eine schmerzhaft große Lücke in der Dokumentation der jüdischen Geschichte im Länderdreieck Böhmen, Schlesien und Sachsen. Ihre grenzübergreifende Verbindung ist bemerkenswert.

Welche Aspekte soll das Museum genau umfassen?

Magnus Hecht: Für mich ist wichtig, das Leben und die aktuellen Themen der jüdischen Mitbürger:innen darzustellen. Ich möchte in dem Museum auch einen Veranstaltungsraum integrieren. Und es ist besonders wichtig, dass alle bisher aktiven jüdischen Akteur:innen, wie zum Beispiel die jüdische Woche, in die Konzeption des Museums einbezogen werden.

Welche Rolle spielt die Jüdische Gemeinde in Dresden bei der Entstehung des Museums?

Tilo Wirtz: Der Impuls für den Antrag ging vom Verein zur Förderung des Jüdischen Museums e.V. aus. Bei der



Der Davidsstern an der alten Totenhalle und Synagoge, Fiedlerstraße Dresden. Ein Ort jüdischer Geschichte in Dresden.

Entwicklung des Antrages war der Gemeindevorsitzende, der Dirigent Michael Hurshell, direkt beteiligt. Außerdem gab es schon zu den diskutierten Standorten eine lebhaft öffentliche Diskussion.

Worüber genau wurde diskutiert? Was war das Problem?

Tilo Wirtz: Im Antrag sind als mögliche Standorte der Alte Leipziger Bahnhof und eine Rekonstruktion des Palais Kaskel-Oppenheim von Semper erwähnt. Problematisch ist bei beiden Standorten,

dass die Grundstücke in Privatbesitz sind. Das eine beim Globus-Konzern, das andere zunächst bei Immovation, gestern bei der Gerchgroup, heute bei Ketteler - und morgen ...? Beide Standorte liefern unterschiedliche Ansätze: Der Alte Leipziger Bahnhof als Ort der Deportation steht im Kontext des Holocaust in Dresden und bietet damit nicht nur einen jüdischen, sondern eben auch einen zutiefst deutschen Zusammenhang, während das Palais Kaskel-Oppenheim großbürgerliche jüdische Geschichte im

19. Jahrhundert im Rahmen von Emanzipation, Assimilation und Partizipation in der Gesellschaft manifestiert.

Gibt es schon Überlegungen, wer die Trägerschaft und Finanzierung des Museums übernehmen soll?

Magnus Hecht: Trägerschaft und Finanzierung des Museums sind konzeptuell noch nicht dargelegt worden. Das wird eine Herausforderung für alle Beteiligten sein, denn hier sind viele Konstellationen denkbar. Undenkbar ist aber, dass die Aufgabe ohne Finanzierung durch den Freistaat Sachsen möglich ist, der sich in Gestalt seines Beauftragten für das jüdische Leben hinter das Vorhaben gestellt hat.

Tilo Wirtz: Es ist klar, dass eine Trägerschaft für ein Jüdisches Museum für Sachsen, Thüringen, Schlesien und Böhmen auf breite Schultern verteilt werden soll, am besten in Form einer Stiftung. Natürlich die Jüdischen Gemeinden, die Regionen wie der Freistaat Sachsen und die Kommune Dresden. Überhaupt ist die Konzeption für ein Museum, was auch eine kulturell lebendige Bühne der Gegenwart und nicht nur ein Archiv der Vergangenheit sein soll, zunächst wichtiger als der spätere Standort.

Die Fragen stellte Jana Neveling

»Die Zerstörung der Umwelt erhöht die Gefahr von Pandemien.«

Katja Kipping



MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Februar 2021

Pflege am Limit

Kein Besuch, keine Ausflüge, keine Zeit.
Bewohner und Pfleger:innen leiden gemeinsam.

» Seite 6



Langer Weg aus der Krise

Ohne Geduld und Vernunft geht es nicht.

Liebe Genoss:innen, wir wünschen euch allen ein gesundes und glückliches neues Jahr!

Normalerweise würden wir an dieser Stelle zur Tagesordnung übergehen und euch mit viel Elan auf die Bundestagswahl am 26. September einstimmen. Normalerweise hätten wir längst zwei neue Bundesvorsitzende, hätten unsere Dresdner Direktkandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt und Delegierte für die Versammlung zur Listenaufstellung gewählt.

Wir alle wissen, dass wir gerade von der Normalität so weit entfernt sind, wie nie zuvor in unserem Leben, zumindest trifft das auf die meisten von uns zu. Ein normales Parteilieben ist weiterhin kaum

möglich. Die digitalen Veranstaltungen schließen leider einen erheblichen Teil unserer Mitglieder aus und können analoge Treffen nicht ersetzen.

Die Corona-Pandemie bestimmt seit mehr als zehn Monaten unseren Alltag. Wir tragen Masken, halten Abstand und bleiben zu Hause. Dass die zweite Welle heftiger werden würde als die erste, war klar. Und dennoch ist diese Ausnahmesituation für viele belastender als im letzten Frühjahr. Wir fühlen uns wie erstarrt und fragen uns: Wie lange noch?

Auf der einen Seite wächst die Sehnsucht nach Freiheit, gemeinsamen Treffen, Restaurant- und Theaterbesuchen oder einer Urlaubsreise ins Unermessliche. Auf der

anderen Seite erkranken immer mehr Menschen schwer, auch Bekannte, Freunde oder Familienmitglieder. Die Kliniken arbeiten an der Belastungsgrenze, Patient:innen müssen in andere Bundesländer ausgeflogen werden und die Krematorien müssen zusätzliche Räume anmieten.

Das Corona-Virus hat uns das Fürchten gelehrt, uns die großen Lücken im Gesundheitssystem aufgezeigt und die dringende Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaft vor Augen geführt. Wir brauchen weiterhin Geduld um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: Eine bessere Welt, in der alle Menschen gut leben können, auch in Krisenzeiten.

Anne Holowenko

EDITORIAL

Digitaler Antifaschismus

Corona überschattet derzeit fast alles – kein Grund, andere wichtige Themen aus den Augen zu verlieren. So wird zum Beispiel auch in diesem Jahr der Mahngang »Täterspuren« vom Bündnis Dresden Nazifrei durchgeführt. Das Thema ist »Täterin Volksgemeinschaft«. Es wird gezeigt, wie die »Volksgemeinschaft« als Instrument Abgrenzung nach außen und der Disziplinierung nach innen gewirkt hat. Aufgrund der Coronasituation wird der Mahngang als virtueller Rundgang durchgeführt. Die Strecke wird mit einem Lautsprecherwagen abgefahren, wobei mit Musik und Moderation auf den Inhalt des Mahngangs hingewiesen wird. An den Stationen werden Schauspieler:innen die Texte verlesen, welche Studierende der TU Dresden erarbeitet haben. Das alles wird als Livestream übertragen. Am 13. Februar wird ein Video zum Mahngang veröffentlicht. Alle näheren Infos dazu demnächst auf www.dresden-nazifrei.de Dieter Gaitzsch



Bildung sollte ein verlässlicher Kompass fürs Leben sein.

NEUAUSRICHTUNG DER BILDUNGSPOLITIK

Wenn der Lernkompass rotiert

Wenn ich mir die Ausrichtung der konservativen Bildungspolitik ansehe, kommen mir Zweifel, ob die Verantwortlichen die wünschenswerte Richtung anpeilen. In jetzigen Zeiten ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern Struktur und Verlässlichkeit, und damit Stabilität zu geben.

Der aufgelaufene Lernstoffstau aus der bisherigen Pandemiezeit erfordert ein Höchstmaß an individueller Förderung und Nachholmöglichkeiten für die Kinder. Neu zu bewerten ist nicht nur der Lernstoffumfang und der überkommene Bildungskanon. In Anbetracht der Terminisierung aus den Bildungsabläufen sind Antworten zu finden, wie die einzelnen Abschlussetappen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler gestaltet werden. Meines Erachtens muss es wirklich

nicht sein, die Kinder schon in der vierten Klasse über Empfehlungen zu selektieren. Der sächsische Kultusminister Piwarz orientiert die Bildungspolitik an der Vermittlung des Dreiklangs von Wissen, Werten und Kompetenzen. Welche Werte, welches Wissen, welche Kompetenzen?

Doch Schülerinnen und Schüler sollten jetzt kein abfragbares Wissen büffeln müssen, sondern Anleitung für einen kreativen Alltag erhalten. Eine Bewertung von Lernort, Lernzeit und Lernbedingung durch Erziehende und Lehrende ist wohl für jedes Kind unabdingbar. Bildungsministerin Karliczek führte zum 2024 auslaufenden Digitalpakt unter Anderem aus, dass dann die Ziele wie Inklusion, Integration, Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft noch nicht erledigt sein werden.

Ingrid Körner, AG Bildung

Zeit zum Umsteuern

Die Corona-Pandemie ist ein deutliches Stoppsignal an Politik und Wirtschaft.



Die Pandemie ist auch Ergebnis eines globalen Wachstumsfetischismus.

Das Jahr 2020 liegt hinter uns. Es hat so manches auf den Kopf gestellt. Vieles, was sich Menschen erarbeitet haben, Sicherheiten und Gewohnheiten, hat ein unsichtbares Virus über den Haufen geworfen. Aktuell drehen sich die Debatten vor allem um konkrete Lockdown-Maßnahmen wie Schulschließungen und Bewegungsradius. Ist das die richtige Zeit, um über Wirtschaftspolitik zu reden? Ich meine, genau jetzt ist die Zeit, nicht nur darüber zu reden, sondern sich zum wirtschaftspolitischen Umsteuern ganz konkret zu verabreden. Denn der Weg raus aus der Krise kann nicht einfach in die alte Normalität von vor Corona führen. Schließlich basierte diese auf der doppelten Ausbeutung

von Mensch und Natur. Doch genau diese Ausrichtung auf Profite macht eine Gesellschaft anfälliger für Krisen. Um das beispielhaft zu veranschaulichen: Die Wirtschaftspolitik der Union funktioniert wie folgt: Wenn eine Lobby-trächtige Branche Absatzprobleme hat, macht die Politik Milliarden Euro locker, um auszuhelfen – und das bedingungslos.

Umweltschutz macht unsere Welt pandemiesicherer.

Weltgesundheit wichtiger als Profitinteressen

Schon vor Corona war das falsch. Vielmehr wäre es richtig gewesen, Wirtschaftshilfen mit dem Ziel des sozial-ökologischen Umbaus zu verknüpfen. In der Coronakrise nun wird das Versagen noch mal besonders deutlich: 9 Milliarden Euro bedingungslos für die Lufthansa, aber faktisch nichts für mobile Luftfilter. Dabei können die virenlastige Aerosole rausfiltern. Also Milliarden für Produkte bzw. Dienstleistungen, die gerade nicht gefragt sind und die auch noch eine schlechte Ökobilanz haben. Ähnliches lässt sich bei den Debatten um Lizenzen und Pa-

tente für Impfstoffe beobachten. Der Kampf gegen Corona kann nur weltweit gewonnen werden. Dass auch die armen Länder Zugang zum Impfstoff haben, ist also nicht nur eine moralische Frage, sondern liegt auch zutiefst in unserem eigenen Interesse. Ein pragmatischer Vorschlag von uns lautete, dass die WHO in die Lage versetzt wird, geistiges Eigentum an medizinisch relevantem Wissen aktiv zu erwerben, um es den armen Ländern zur Verfügung zu stellen. Notfalls auch gegen die Gewinninteressen der Pharmabranche. Doch da blockt diese Regierung.

Zusammenhänge erkennen und umsteuern

Wir wissen ja inzwischen, dass die Zerstörung von Ökosystemen und die globale Erwärmung das Überspringen von Erregern auf Menschen und damit die Entstehung von Pandemien befördern. Im Klartext: Umwelterstörung erhöht die Gefahr von Pandemien. Und Umweltschutz macht unsere Welt auch pandemiesicherer. Es ist höchste Zeit, umzusteuern zu einer menschlichen Politik, die die tiefen Verlustängste vor den Folgen des industriellen Strukturwandels ernst nimmt und auffängt. Aber eben nicht dadurch, dass sie die Illusion nährt, alles könne so weitergehen. Vielmehr kommt es darauf an, neue Zukunftsentwürfe zu geben. Ob wir es nun Green New Deal oder sozial-ökologische Wende nennen: Entscheidend ist, dass wir die soziale und die ökologische Frage nicht gegeneinander ausspielen, sondern zusammen in Angriff nehmen. Kurzum, es ist höchste Zeit umzusteuern. Für einen sozial-ökologischen Weg aus der Krise. Lasst uns das gemeinsam in Angriff nehmen!

Katja Kipping

Öffentlicher Raum ist kostbar

Neustädter Initiative setzt sich für den Erhalt Dresdner Nachkriegsarchitektur ein.



Droht in der Neustadt ein Disneyland à la Neumarkt?

Die Initiative Neustädter Freiheit entstand Anfang 2019, weil sich im städtebaulich-freiraumplanerischen Ideenwettbewerb Königsufer-Neustädter Markt eine Tendenz zeigte, den Neustädter Markt als potentielles Bauland zu betrachten. Wir sind aber der Meinung, dass er eine erhaltenswerte, weil historisch vielschichtige und als Werk der Nachkriegsmoderne zu würdigende Gesamtanlage ist. Wir sehen in diesem begrünten Stadtplatz eine wesentliche Komponente des innerstädtischen Grünsystems: Die bauliche Verdichtung erreicht in der Inneren und Äußeren Neustadt die letzten Baulücken. Beides sind schon jetzt überhitzte Bereiche. Umso mehr ist jede begrünte Freifläche wichtig für die Wohn- und Aufenthaltsqualität. Die Grünverbindung Albertplatz-Hauptstraße-Neustädter Markt bietet Fußgänger:innen und Radfahrer:innen den Genuss einer autofreien, baumbestandenen Promenade, die am Königsufer an den Elbraum anschließt. Da hakt es allerdings, denn Große Meißner Straße und Köpckestraße bilden eine breite, emissionsträchtige Barriere. Hier muss etwas geschehen: Auf dem Weg zwischen Augustusbrücke und Neustädter Markt müssen Fußgänger:innen Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr bekommen. Nicht zuletzt, weil dies eine Situation von hervorragender touristischer Bedeutung ist.

Begrünten Stadtraum erhalten

Wir streben an, dass der im Eigentum der Stadt befindliche Neustädter Markt im heutigen Zuschnitt auf Dauer von Bebauung jeglicher Art frei bleibt. Wir halten für erforderlich, dass die Breite des Verkehrszuges Große Meißner Straße/Köpckestraße reduziert und die Fußwegeverbindung zur Augustusbrücke gegenüber dem individuellen Fahrverkehr privilegiert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die in den 1970er Jahren geschaffene Gesamtanlage des Neustädter Mark-

Die bauliche Verdichtung erreicht in der Inneren und Äußeren Neustadt die letzten Baulücken.

tes instandgesetzt und als begrünter Stadtraum optimiert wird. Als erster Schritt in diese Richtung bietet sich die Instandsetzung des Kracht-Brunnens auf dem östlichen Neustädter Markt an. Seit dem Tag des offenen Denkmals 2020 rufen wir zu Spenden für diesen Zweck an den Fonds Stadtgrün der Stadt Dresden auf. Wir werden uns mit Begeisterung an der vom Stadtrat beschlossenen öffentlichen Diskussion aller weiteren Planungen für den Bereich Königsufer-Neustädter Markt beteiligen und freuen uns auf Meinungsaustausch mit den Leser:innen dieser Zeilen.

Prof. Dr. Erika Schmidt

Kontakt

- www.neustaedter-freiheit.de
- neustaedter-freiheit@web.de
- facebook.com/NeustaedterFreiheit
- twitter.com/NeustaedterFrei

Brunnenspende

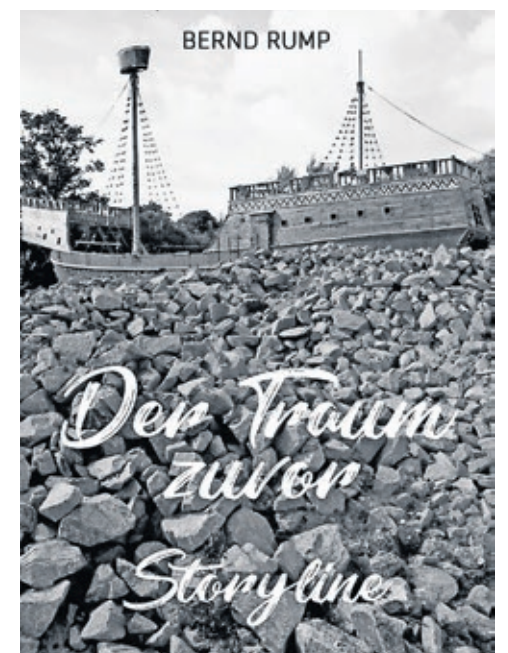
IBAN: DE23850503003120000034
Spendenkonto der LH Dresden
BIC: 05DDDE81XXX
Verwendungszweck: Fonds Stadtgrün,
Kracht-Brunnen, N.M.

BUCHTIPP

Vom Sinn einer Idee

Bernd Rump, von Hause aus und eigentlich Kraftwerksingenieur, entpuppte sich mit dem Ende des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR als Lieder- und Theatermacher, den die sogenannte Wende in die Politik verschlug. Trotzdem ist er dem Theater innerlich – und bei jeder Gelegenheit auch äußerlich – treu geblieben.

So erweist sich die Weltgeschichte für ihn als das große immerwährende Theater, in dem sich die Akte vorhersehbar und doch auf unerwartete Weise ablösen, manchmal als Tragödie, oft als Farce. Einiges davon hat er erlebt und erfahren aus sicherer Distanz, anderes wollte er wahrhaft todesmutig zum Besseren wenden und endlich durfte er sogar ein paar wichtige Weichen mit stellen. Vieles davon hat der einstige Leiter des Dresdner Schicht-Theaters mit Abstand bedacht und aufgeschrieben und einem Mann in die Wiege gelegt, der er vielleicht gewesen sein könnte und deshalb die Hauptrolle spielt in einem Szenario, in dem auch Bulgakows Figuren aus dem Roman »Der Meister und Margarita« wieder auferstehen. Diese hatte er als Erster auf eine deutsche Bühne gebracht. Aber nicht nur Meister Voland suchte immer wieder in verschiedener Gestalt den Pakt mit ihm. Auch der düsterste Schatten der Vergangenheit, der von Auschwitz, fiel auf sein Leben, ehe es begann ...



Bernd Rump, in früheren Zeiten bekannt als Lieder- und Theatermacher, nach dem politischen Umbruch lange Jahre Spindocter in den Reihen der PDS bzw. der Linken, veröffentlichte nun seinen autobiographischen Roman »Der Traum zuvor«. In einem Szenario zwischen Rekonstruktion und Fiktion erzählt er darin die Geschichte eines von Wahn und Aberwitz des 20. Jahrhunderts unverschonten Lebens sowie vom Ringen um den Sinn und die Glaubwürdigkeit einer – der kommunistischen – Idee.

Die Redaktion

■ Bernd Rump, *Der Traum zuvor. Storyline*, Thelem Universitätsverlag, 670 Seiten, Gebunden, ISBN 3-959084-22-6, EAN: 9783959084222



Das historische Siedlungsgebiet der Kurden erstreckt sich über den heutigen Irak, Syrien, die Türkei und den Iran. Blick auf die Stadt Sineh in der iranischen Provinz Kordestan.

Guter Kurde – böser Kurde

Osman Oğuz im Gespräch mit dem Medienwissenschaftler und Aktivistin Kerem Schamberger über antikurdischen Rassismus in Deutschland, deutsch-türkische Interessen und die Kriminalisierung linker Kurd:innen.

Ist es angemessen, von einem »antikurdischen Rassismus« in Deutschland als einer besonderen Kategorie zu sprechen? Und wenn ja, warum?

Der Heimatrassismus gegen Kurd:innen wird in Deutschland insofern fortgeführt, als Kurd:innen gar nicht als eigenständige Kategorie erfasst, sondern hier als türkische, syrische, irakische oder iranische Staatsbürger:innen gesehen werden. Das ist auch der Grund dafür, dass es bis heute keine gesicherten Zahlen darüber gibt, wie viele Kurd:innen in Deutschland leben. So wird die Assimilierungspolitik, die in den Herkunftsländern der Kurd:innen vorherrscht, auch in Deutschland in staatliche Politik übersetzt.

Dadurch treten dann auch Akteur:innen der Türkei als Vertretung der Kurd:innen auf, oder?

Genau. Das AKP-Regime gibt vor, alle in Deutschland lebenden Staatsbürger:innen der Türkei zu vertreten, obwohl viele der hier lebenden türkischen Staatsbürger:innen genau vor diesem Regime oder vorherigen türkischen Regimen geflohen sind.

In Deutschland haben Kurd:innen aber auch hunderte Selbstorganisationen – Vereine und andere Institutionen. Die Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V. (KON-MED) schafft es, zehntausende Kurd:innen auf die Straße zu bringen. Werden sie in offiziellen Räumen als Vertreter:innen der kurdischen Bevölkerung anerkannt? Zum Beispiel in Medien ...

Das ist eine sehr gute Frage. Ich glaube, dass in der deutschen Politik bezogen auf Kurd:innen auch eine

Zweiteilung gemacht wird: Der gute Kurde und der böse Kurde. Auf der einen Seite die nationalstaatliche, nationalistische, kapitalistische Linie um die Regierungspartei der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) PDK und andere nationalistische kurdische Parteien. Und auf der anderen Seite die revolutionäre, progressive, linke Linie um die kurdische Freiheitsbewegung. Natürlich sucht sich die Bundesregierung diejenigen aus, die ihr politisch näher stehen und das sind eben die konservativen Kurd:innen.

Die PKK ist in Deutschland seit 1993 verboten. Durch das Verbot kommt es immer wieder zu Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und anderen Formen der Repression. Inwieweit ist dieses rechtliche Verbot auch gesellschaftlich wirksam?

»Das Verbot der PKK ist das Kernproblem in Deutschland, weil es maßgeblich zur Stigmatisierung der Kurd:innen beiträgt.«

Kerem Schamberger

Das Verbot der PKK ist das Kernproblem hier in Deutschland, weil es die Grundlage jeglicher Verfolgung ist und damit auch maßgeblich zur Stigmatisierung beiträgt. Politische Strukturen, die nicht links sind, haben Berührungängste, mit Kurd:innen zusammenzuarbeiten, die zum Beispiel in Vereinen der KON-MED organisiert sind, weil das Damoklesschwert des Terrorismusvorwurfes über ihren Köpfen schwebt. Fördergelder werden mit dem Verweis auf das PKK-Verbot nicht bewilligt, Räume entzogen. Da ruft auch schon mal die Polizei zuvor beim Vermieter an. Auch demokratische Freiheitsrechte, die eigentlich für alle hier lebenden Menschen gelten sollten, werden im Bezug auf Kurd:innen immer wieder eingeschränkt.

Bezüglich der Ereignisse in Rojava/Nordsyrien und insbesondere während des Widerstands in Kobanê gegen den IS gab es auch eine Phase, in der Kurd:innen hauptsächlich positiv dargestellt wurden. Es kam ja soweit, dass die Bilder der kurdischen Freiheitskämpferinnen zu modischen Ikonen geworden sind. Hat das nicht dazu geführt, dass kurdische Stimmen heute in Deutschland mehr Gehör finden?

Der Kampf gegen den IS hat zu großer Sympathie und auch zu einer neuen Beschäftigung mit dem Thema geführt. Aber wie sich herausgestellt hat, fand diese Diskussion vor allem gesellschaftlich statt, viele Solidaritätsgruppen haben sich gegründet und sind teilweise bis heute aktiv, Abgeordnete der Linkspartei solidarisierten sich auch und zeigten in München und im

Bundestag die PKK-Fahne. Doch in der offiziellen Regierungspolitik wurde nicht ernsthaft darüber nachgedacht, weil man die Türkei nicht verschrecken wollte. Aus der Perspektive der Bundesregierung soll das Erdoğan-Regime unbedingt auf der Seite des Westens gehalten werden, das hat ökonomische und geostrategische Gründe und hängt auch mit dem sogenannten Türkei-EU-Flüchtlings-Abkommen zusammen.

Wie könnte erreicht werden, dass über das PKK-Verbot in Deutschland grundlegend diskutiert und dieses Verbot aufgehoben wird?

Das ist eine sehr schwierige Frage, weil das PKK-Verbot letztendlich nur ein Produkt ist von der langen, engen Zusammenarbeit des deutschen Staats mit dem türkischen Staat. Das heißt, damit das PKK-Verbot aufgehoben wird, muss eine grundlegende Änderung der Türkei-Politik stattfinden. Das ist wiederum abhängig von unterschiedlichen Kräfteverhältnissen. Wenn wir sagen, wir haben eine linke Regierung in Deutschland, die das Verhältnis zum türkischen Regime komplett anders gestalten wird, dann würde auch die Aufhebung des PKK-Verbots in greifbare Nähe rücken. Solange das nicht der Fall ist, ist es eher schwierig.

Nun gab es gerade erst ein Urteil zum Zeigen von YPG- und YPJ-Symbolen [Symbole der nordsyrischen Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten, Anm. der Redaktion]. Was ist der Inhalt des Urteils? Und was bringt das konkret?

Am 1. Dezember hat das Bayerische Oberste Landesgericht einen Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Es ging um den Freispruch des Amtsgerichts München für einen kurdischen Genossen, der im Februar 2018 bei einem Protest gegen den türkischen Angriffskrieg auf Afrin eine YPJ-Fahne getragen hatte. Dies ist vor allem ein politischer Sieg, der in Bayern und auch in anderen Bundesländern die Kriminalisierung der Symbole der YPG/YPJ beenden dürfte und eine Niederlage für den Freistaat wie auch das Bundesinnenministerium (BMI) darstellt. Denn wir dürfen nicht vergessen: Das Zeigen der YPG/YPJ-Fahnen ist nun leichter möglich, aber es sitzen immer noch elf kurdische Aktivist:innen in deutschen Gefängnissen, verurteilt zu langjährigen Haftstrafen. Auch ihnen muss unsere Solidarität gelten.

■ Das Interview erschien zuerst auf türkisch in der Zeitschrift »Yeni Özgür Politika«, sowie auf Deutsch in der Zeitschrift »Analyse & Kritik«. Es wurde hier aus Platzgründen auszugsweise wiedergegeben.



Zur Person

Kerem Schamberger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der LMU München und promoviert derzeit zu kurdischen Medien im Nahen Osten und in Europa. Schamberger ist Mitglied der Linkspartei, des Vereins marxistische linke und im Vorstand des Instituts Soziale Solidarische Moderne und des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung.

Lange Wege

Jeder junge Mensch möchte aus seinem Leben etwas machen. *Saied Karabij* über seine Herkunft und seine Träume.



Seit 2015 wohne ich in Dresden: Saied Karabij.

Ich bin Saied Karabij, 26 Jahre alt und komme aus Syrien. Seit 2015 wohne ich in Dresden. Aus meiner Kindheit habe ich sehr schöne Erinnerungen, ich wünschte mir, dass ich einige Momente noch einmal erleben könnte. Als der Krieg begann, war ich Student an der Universität. Ich war an der Organisation friedlicher Demonstrationen beteiligt und versuchte, so vielen Menschen wie möglich zu helfen. 2015 musste ich mich entscheiden: Zwischen dem Wehrdienst und damit unschuldige Menschen zu töten oder der grausamen Folter im Gefängnis. Ich hatte keine Angst zu sterben, aber ich wollte nie ein Teil des Krieges sein und für jemanden kämpfen, dessen Regime ich von tiefstem Herzen verachtete. Und ich wollte meine Familie schützen. Also habe ich mich zur Flucht entschieden. Wir waren ungefähr einen Monat durch unterschiedliche Länder unterwegs.

Ich hatte kein Ziel, keine Vorstellung, wie es weiter gehen würde, wo ich ankomme, ob ich meine Familie jemals wieder sehe oder ob ich am nächsten Tag was zu Essen oder Trinken haben würde. Es gab keine Sicherheit und ich erlebte viel Traurigkeit und Verzweiflung und besonders an den Grenzen viel Gewalt und Verachtung. Ich stell-

Von den Menschen in Deutschland erwarte ich, dass sie Chancen geben.

te mir unterwegs immer wieder die Frage, ob ich die richtige Entscheidung getroffen hatte.

Als Mensch wahrgenommen werden

Meine erste Unterkunft in Dresden war eine Erstaufnahmeeinrichtung in der Gutzkowstraße. Die ersten Monate in Dresden waren nicht einfach für mich. Alles war fremd. Ich beherrschte die Sprache nicht und fühlte mich irgendwie verloren. Aber ich hatte nicht vor aufzugeben, also gab ich mein bestes in der Sprachschule und verbrachte auch den größten Teil meiner Freizeit damit, Deutsch zu lernen. Nebenbei spielte ich mit großer Leidenschaft Fußball. Ich suchte nach Möglichkeiten, mich ehrenamtlich zu enga-

gieren und lernte dadurch viele neue Menschen kennen, die mich unterstützten und mir neue Türen öffneten. Im Moment studiere ich an der Evangelischen Hochschule in Dresden Soziale Arbeit. Ich möchte auch in Zukunft Menschen professionell unterstützen können. Aber meine Perspektive geht noch weiter. Mein Wunsch wäre es, ein Master-Studium für Internationale Beziehungen zu absolvieren. Ich würde gern hier in Deutschland, aber vor allem auch in Ländern wie Syrien, dazu beitragen, die Situation von Menschen zu verbessern.

Von den Menschen in Deutschland erwarte vor allem, dass sie Chancen geben. Das nicht vorschnell geurteilt wird und dass man als Mensch wahrgenommen wird, nicht nur als ein Flüchtling. Ich habe es oft selbst erlebt und vielmals von Freunden gehört, wie sehr sie zum Beispiel die Ausländerbehörde unter Druck setzt. Mein Wunsch gilt vor allem meiner Heimat Syrien. Ich hoffe so sehr, dass sich die Situation dort verbessert und dass ich eines Tages zurück kann, mich sicher fühle und stolz durch meine Heimatstadt laufen kann. Im Moment wünsche ich mir nur, dass ich meine Familie wieder habe – dass wir alle zusammen sind, in Sicherheit.

Online-Sprechstunde von Sarah Buddeberg

Die gleichstellungs-, queer- und inklusionspolitische Sprecherin der sächsischen Linksfraktion lädt regelmäßig zu Bürger:innen-Sprechstunden ein. Diese finden bis auf Weiteres online statt.

Die nächsten Termine sind am:

■ 16. Februar, 15 bis 16 Uhr

■ 14. April, 15 bis 16 Uhr

Anmeldung

Den Link zur Sprechstunde erhaltet ihr nach vorheriger Anmeldung. Bitte per Mail an: bb-buddeberg@linksfraktion-sachsen.de

Kandidaturen zur Bundestagswahl 2021

Die für den 9. Januar vorgesehenen Versammlungen des Dresdner Stadtverbandes zur Wahl von Delegierten für die Aufstellung der Direktkandidat:innen wurde wegen der aktuellen Infektionslage abgesagt. Den Mitgliedern unseres Stadtverbandes und den im Wahlkreis 160 wohnenden Mitgliedern aus dem Landkreis Bautzen wird ein neuer Termin fristgemäß mitgeteilt.

Bislang liegen folgende Bereitschaften zur Kandidatur als Direktkandidat:in für die Dresdner Wahlkreise 159 und 160 vor:

Wahlkreis 159



- Katja Kipping
Literaturwissenschaftlerin, Bundestagsabgeordnete, 43 Jahre

Wahlkreis 160



- Silvio Lang
Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten, 37 Jahre



- Jonas Leuwer
Gesundheits- und Krankenpfleger, 23 Jahre

Perspektivwechsel

Rica Gottwald, sonst als Lehrerin für die Jüngsten tätig, hilft ehrenamtlich bei der Betreuung der Ältesten.



Jeden Tag eine gute Tat. Rica Gottwald hilft ehrenamtlich im Pflegeheim.

Als im Dezember die Schulen vorzeitig in das Homeschooling geschickt wurden, hatte ich plötzlich viel Zeit. Also wollte ich gern etwas sinnvolles tun, quasi jeden Tag eine gute Tat. Am liebsten wollte ich dort helfen, wo es am meisten gebraucht wird – im Krankenhaus oder im Pflegeheim. Mit Hilfe unserer Sozialbürgermeisterin Kris

Kaufmann konnte ich dann am 17. Dezember in einem unserer städtischen Pflegeheime als ehrenamtliche Helferin loslegen.

Ich wurde auf einen Wohnbereich eingeteilt, in dem mehrere Bewohner positiv auf das Coronavirus getestet worden sind. Natürlich durfte ich nicht direkt an diesen Bewohnern arbeiten, aber ich konnte andere Arbeiten übernehmen, Essen vorbereiten, Essen austeilen, Essen reichen, sämtliche Arbeiten in der Küche, helfen Betten zu machen, Betten beziehen, Wäsche sortieren, Wäsche tauschen ... Das Personal ist auf Grund der besonderen Lage, die nun schon ein dreiviertel Jahr anhält, besonders gefordert. Auch hier gibt es Ausfälle auf Grund von Krankheit. Auch hier gibt es Mitarbeiter, die sich trotz Einhaltung aller denkbaren hygienischen Schutzmaßnahmen infizieren und zu Hause bleiben müssen.

Inzwischen habe ich die alten Menschen richtig lieb gewonnen.

Inzwischen habe ich die alten Menschen richtig lieb gewonnen. Es macht mir Spaß, mit ihnen spazieren zu gehen, ein Buch zu lesen, ein Spiel zu spielen oder einfach mal zu reden. Dafür bleibt sonst oft zu wenig Zeit. Durch die Pandemie fehlt den hilfsbedürftigen Bewohner:innen Abwechslung, denn sie müssen auf ihren Zimmern bleiben. Den ganzen Tag. Normalerweise wird zusammen gegessen, gebastelt, der Tag verbracht. Besuche sind nicht zugelassen. Das hat zur Folge, dass sie traurig sind und ihnen viele Sachen schnell immer schwerer fallen.

Mir macht die Arbeit Spaß. Ich habe große Achtung vor den Mitarbeiter:innen, die diese Arbeit tagein tagaus machen, seit der Pandemie dazu noch in Schutzkleidung. Aus diesen Gründen habe ich auch über die Feiertage mitgeholfen und arbeite in der Regel sieben Stunden am Tag. Ich werde, solange ich gebraucht werde und ich das mit meiner Arbeit als Lehrerin im Homeschooling vereinbaren kann, gern weiter ehrenamtlich helfen.

Rica Gottwald

UNBLOCK CUBA

Aufruf zum eigenen Beitrag



Liebe Genoss:innen, Engagierte und Mitstreiter:innen für Kuba! Im Auftrag meiner AG Cuba Si wünsche ich allen ein gesundes und friedliches neues Jahr und viele Erfolge für die eigene politische Arbeit, die unter den Covid-Bedingungen erschwert, aber dringend notwendig sind!

Kuba wurde im Oktober 2020 mit einer großen Anzahl von Stimmen in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die Amtszeit 2021–2023 gewählt. Trotz dieser Tatsache setzte die USA am 12. Januar 2021 Kuba erneut auf die Liste der Terrorstaaten.

Viele von Euch werden am 9. Januar digital die Rosa-Luxemburg-Konferenz und den Aufruf zum Kampf für die Beendigung der US-Blockade zu machen, begrüßt haben! Der Aufruf läuft unter der Kampagne »Unblock Cuba« und erfordert unser aller Aktivität! Wir rufen deshalb die Verbände der Partei DIE LINKE und die Mitglieder der Partei und Sympathisanten Cubas auf, den Aufruf zum eigenen internationalistischen Beitrag zu machen. Möglichkeiten der Hilfe, Plakate und weitere Materialien der Kampagne findet ihr hier: www.unblock-cuba.org

Saludos solidarios, Ursula Zierz

Sonderspendenkonto

Für einmalige oder Dauerspendsen – auch 5 oder 10 Euro helfen!

Empfänger:

DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10

BIC/SWIFT-Code:

BELADEBEXXX

Verwendungszweck:

»Milch für Kubas Kinder«,
»Kuba muss überleben«
oder »Kuba muss überleben/
KRH2019«



Fluch und Segen gehen bei Neuem oft nebeneinander her.

Bruchstellen der Gesundheit

Bericht eines Containment Scouts im Gesundheitsamt.

Containment Scouts werden eingesetzt, um während der Corona-Pandemie Kontaktpersonen zu ermitteln und zu kontaktieren, um Infektionsketten zu unterbrechen. Viele haben Angst. Angst infiziert zu sein, Angst vor einem schweren Verlauf, Angst davor stigmatisiert zu werden. Die Angst kommt nicht von ungefähr. Die Übersterblichkeit, also die Anzahl der Todesfälle außerhalb der Norm, ist um ein Vielfaches höher bei der Grippe im Jahr 2019. Sicherlich ist das momentane Geschehen dem halbwegs guten Management der Menschen im öffentlichen Gesundheitsdienst zu verdanken, nur arbeiten diese weiterhin am Limit. Täglich.

Der Einsatz der Bundeswehr beispielsweise wird als große Tat gefeiert. Dabei zeigt er nur, wie das System jahrzehntelang kaputtgespart wurde. Es fehlt nicht nur an Personal in den Kliniken, auch auf Seiten des Gesundheitsamtes sieht es eher düster aus. Stellen fehlen, werden nicht neu besetzt und die technische Infrastruktur erinnert eher an Schrankcomputer als an Neuzeit. Die momentanen Kraftanstrengungen sind gut und notwendig – ich möchte

Wir können fast schon zynisch von Glück reden, dass die Pandemie kam.

da nicht falsch verstanden werden. Sie wären aber auch vermeidbar, wenn man die Jahre zuvor auf DIE LINKE gehört hätte. Seit Jahren sprechen wir davon, dass das öffentliche Gesundheitssystem nicht krisenfest ist. Wir können fast schon zynisch von Glück reden, dass die Pandemie kam, sonst wären die Träume der Bertelsmanns-Stiftung wahr geworden und jedes dritte Intensivbett würde jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Gesundheitsberufe attraktiver machen

Was wir brauchen ist eine radikale Reform in Pflege und Gesundheit. Die Ausbildungen müssen attraktiver werden, die Jobs durchfinanziert. Es kann nicht sein, dass Überstunden in wichtigen Berufen wie Krankenpfleger:in, Oberärzt:in und anderen so gehandhabt werden wie in jedem schlechten Start-up – ab 20 pro Woche gehörst du erst zum Team. Gerade junge Menschen werden verbrannt, bevor sie überhaupt richtig ins Berufsleben starten können. Die Ausbildung kostet Geld, zehrt viel Kraft und das bei einem Gehalt, das allein schon beim Gedanken an Rente kalte Schauer über den Rücken laufen lässt. Ähnliches gilt auch für den Sektor des öffentlichen Bereichs, Stichwort Gesundheitsamt. Die Hardware ist bestenfalls dürftig und »Digitalisierung« ein Wort, was den Kolleg:innen eher Angst als Mut macht. *Bastian Stock, seit Juni Containment Scout im Gesundheitsamt*

Politische Arbeit trotz Pandemie

Die Linksjugend Sachsen testet erfolgreich neue Formate.

Mein Name ist Markus Adam und ich bin seit Oktober 2019 im Beauftragtenrat der Linksjugend Sachsen aktiv. Unsere Aufgabe besteht neben vielen organisatorischen Tätigkeiten wie der Planung der LJP's, Akademien und Bildungsreisen auch darin, die Linksjugend Sachsen nach außen zu vertreten, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen am Leben zu halten und vor allem unseren Basisgruppen wo es geht unter die Arme zu greifen. Das beginnt bei Layoutunterstützung, geht über gemeinsame Veranstaltungsplanung bis zur Kontakthaltung zu unserer Abgeordneten Anna Gorskih oder mit der Partei.

Wie bei so ziemlich allen anderen Gremien mussten aber auch wir dieses Jahr unsere Arbeit unter Corona-Bedingungen völlig neu denken. Trotz der Absagen vieler unserer Veranstaltungen, wie dem ersten Landesjugenplenum des Jahres, unserer Frühlingsakademie, der Bildungsreise zur Gedenkstätte Bergen-Belsen und, was besonders schwer gefallen ist, dem Pfingstcamp, wollten wir das Beste aus der Situation machen. So wurde in unseren monatlich stattfindenden, bis zu acht Stunden langen, Sitzungen viel gebrainstormt wie wir a) dennoch unsere politische Arbeit fortsetzen und b) die gesparten Gelder durch die abgesagten Veranstaltungen sinnvoll nutzen können. Für ersteres wurde schnell eine Lösung gefunden, und zwar Online-Bildungsveranstaltungen und eine Fokussierung auf die digitale Öffentlichkeitsarbeit.

Unterwegs in Sachsen

So konnten über den Sommer hinweg Menschen ganz bequem und sicher von zu Hause aus elf Veranstaltungen lauschen. Von einer Einführung in den 3D-Druck bis zu Verschwörungsideologien wurde versucht jedes Interesse mal zu treffen. Auch haben wir es geschafft, unter Hygienevorschriften eine Sommerakademie veranstalten zu können.



Mit den gesparten Geldern wollten wir sächsische Jugendarbeit unterstützen und haben dafür im Herbst zwölf Jugend- und Kulturzentren in Sachsen besucht, die dort Tätigen über ihre Arbeit und Probleme interviewt und mit Spenden unterstützt. Eines unserer Ziele war dabei auch der Rote Baum in Dresden. Die Interviews werden im Laufe der nächsten Monate über Podcasts auch für die Öffentlichkeitsarbeit verwertet. Nun steht als nächste große Aufgabe die Bundestagswahl auf dem Plan, für die wir ebenfalls ein basisbereicherndes Wahlkomitee gründen werden und schon fleißig auf der Suche nach Unterstützer*innen sind. Ebenso wird versucht die Fahrt nach Bergen-Belsen nachzuholen. Wir hoffen, dass sich die Situation für das nächste Jahr verbessert und wir unsere politische Arbeit weiter ausbauen können.

Markus Adam

Klimagerechtigkeit als soziale Frage

In den reichen Ländern sind die Reichsten für den Löwenanteil der CO₂-Emissionen verantwortlich.



In jeder Hinsicht maßlos: Das eine Prozent der Superreichen verursacht mehr Emissionen als die untersten 50 Prozent.

Seit mehr als einem Jahrzehnt bietet der UN Environmental Programme Emissions Gap Report einen jährlichen Überblick über die Differenz zwischen den vorausgesagten Treibhausgasemissionen und dem tatsächlichen Stand. Zuletzt widmete sich der Bericht unter anderem den Auswirkungen der Corona-Pandemie, dem internationalen Flug- und Schiffsverkehr sowie den Folgen von Lebensstil und Konsumverhalten für das Klima. Seit 2010 sind die Emissionen weltweit um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr gestiegen, 2019 sogar um 2,6 Prozent.

Die Corona-Pandemie führte 2020 zwar zu einem Rückgang der Treibhausgasemissionen. Trotzdem steuern wir immer noch auf einen Temperaturanstieg von über 3 Grad Celsius zu. Das

liegt weit über den Zielen des Pariser Abkommens, mit dem die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzt werden soll. Lebensstil und Konsumverhalten sind für 65 bis 72 Prozent der Gesamtemissionen verantwortlich.

Darum betonen die Autor:innen, dass es notwendig ist, unser Verhalten fundamental zu ändern. Dies gilt insbesondere für die Reichsten der Reichen. Die 1 Prozent, die an der Spitze der Vermögensskala stehen, verursachen deutlich mehr Emissionen als die untersten 50 Prozent. Schätzungen gehen von dem Doppelten aus. Offensichtlich ist auch eine gerechtere Einkommensverteilung beziehungsweise eine Umverteilung von oben nach unten notwendig, um Emissionen zu reduzieren.

Der Markt wird es nicht richten

Als besonders klimarelevante Bereiche gelten Mobilität, Wohnen und Ernährung. Gerade hier können wir durch Verhaltensänderungen positive soziale und ökologische Transformationsprozesse in Gang setzen, die Ressourcen schonen und soziale Gerechtigkeit schaffen. Bio-Produkte dürfen kein Privileg für die gehobene Mittelschicht bleiben. Gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel müssen grund-

Das Konsumverhalten ist für bis zu 72 Prozent der Gesamtemissionen verantwortlich.

sätzlich preislich für jede und jeden erschwinglich sein. Produzent:innen und Dienstleister:innen müssen in allen Sektoren in die Pflicht genommen werden. Der Staat muss also stärker regulieren sowie nachhaltige, emissionsarme Produkte und Dienstleistungen sowie bezahlbaren, energieeffizienten Wohnraum fördern, das ÖPNV-Angebot ausbauen.

Der Bericht gibt auch Anlass zur Hoffnung. Eine emissionsarme Pandemie-Erholung könnte erheblich zur Verminderung der Treibhausgasemissionen beitragen. So haben wir eine weitere – wohl letzte – Chance, den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu muss der Wiederaufbauplan konsequent sozial-ökologisch umgesetzt werden. *Stephen Schindler, Büro MdEP Cornelia Ernst*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Autor*innen dieser Ausgabe

Anne Holowenko, Dieter Gaitzsch, Katja Kipping, Stephen Kramer, Rica Gottwald, Erika Schmidt, Uta Gensichen, Kristin Hofmann, Kerem Schamberger, Saied Karabij, Ingrid Körner, Urula Zierz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Enlightening Images/pixabay (1), Janice Huphrey/pixabay (2), Andreas Kempe (3), Jiel Beaumadier/wikimedia Commons (4), Hesam Gholami/unsplash (5), Saied Karabij (5), Rica Gottwald (6), Frank Grätz (6), Anke Illing (6), Jonas Leuner (6), Gerd Altmann/pixabay (7), Linke Sachsen/flickr (7), Arek Socha/pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

13.1.2021

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 26.2.2021

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spendenkonto:

DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16

Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Reinschnuppern, kennenlernen, austauschen, ankommen, aktiv werden, mehr erfahren, vernetzen & mehr!

DIE LINKE.
AG Die Neue Dresden

Treffen für (Neu-)Mitglieder,
Interessierte & Sympathisierende
www.dieneue-dresden.de

Das Festspielhaus Hellerau wandelt sich

LINKEN-Stadtbezirksbeirätin *Esther Ludwig* forscht zur Geschichte des Festspielhaus Hellerau. Erfahren Sie, was nach 1940 geschah.

Nachdem 1940 die ersten drei Kompanien in Hellerau stationiert waren, verpachtete die Gartenstadt Hellerau GmbH neben dem vorher lange Zeit leerstehenden Festspielhaus an das Polizei-Lehrbataillon auch einen Sportplatz. In einem Schreiben vom 10. September 1942 beschwerte sie sich bei Major Enge, dass die vertraglich festgelegten Absprachen bezüglich der Nutzungsbedingungen nicht mehr eingehalten werden. Danach waren auf dem Sportplatz und auf dem dazu gehörigen Gelände Schieß- und Gefechtsübungen verboten. Die Nutzung war nur auf Exerzier- und Sportübungen beschränkt. Entgegen dieser Abmachung hatten jedoch Gefechtsübungen sogar unter Verwendung von Maschinengewehren stattgefunden. Die GmbH nahm an, dass es sich um ein Missverständnis handelte. Später wurden ebenfalls ohne Erlaubnis sogar Bunker für die Ausbildung auf dem gepachteten Gelände gebaut. Außerdem wurde das umliegende, auch der GmbH gehörige Gelände, nach Belieben benutzt. Aufgeforstete Landstreifen am Heller-Exerzierplatz und am Pillnitz-Moritzburger-Weg wurden beschädigt und die Polizeischüler fielen durch weiteres, nicht polizeigemäßes Verhalten auf.



Das Festspielhaus Hellerau mit dem ehemaligen Kasernenflügel.

Die hier geschilderten Schieß- und Gefechtsübungen waren jedoch kein Missverständnis. Sie gehörten zur Ausbildung der Polizeianwärter und Polizeioffiziere ebenso wie der Umgang mit schweren Waffen. Das Gefechtsschießen und andere militärische Übungen fanden jedoch nicht nur auf dem Sportplatz, sondern auch in Königsbrück statt.

Der Truppenübungsplatz bot einen unverzichtbaren Standortvorteil für Hellerau, der auch für die ungefähr ab Sommer 1941 in Hellerau beginnende Offiziersausbildung von Bedeutung war. Nur dort konnten die zukünftigen Polizeioffiziere das theoretisch vermittelte Wissen praktisch umsetzen. Königsbrück war sogar reichsweit der belieb-

teste Platz für solche Zwecke. Und die dafür notwendigen Lehrpläne konnten vom Polizeilehrbataillon Hellerau übernommen werden.

Worin bestanden diese Lehrpläne? Nachdem im Winter 1941/42 die Polizeiverbände schwere Verluste erlitten hatten, die auch auf die mangelnde Ausrüstung zurückzuführen waren, ordnete Hitler für die Ordnungspolizei die Bewaffnung mit schweren Waffen an. Und Hellerau war offensichtlich die erste Polizeischule, die schwere Infanteriewaffen für die Ausbildung erhielt. Hierzu gehörte auch ein schwerer Granatwerfer mit einem Kaliber von 8 Zentimetern, einer Feuergeschwindigkeit von 12 Schuss pro Minute sowie einer Schussweite von 60 bis 1900 Metern.

Der Truppenübungsplatz bot einen Standortvorteil für Hellerau.

Im Sommer 1942 fand beispielsweise eine Gefechtsübung in Königsbrück statt. Hier lernten die Unterführer, dass der Granatwerfer als Unterstützungswaffe im Angriff im Wesentlichen gegen in Deckung liegende oder nur für kurze Zeit sichtbare Einzelziele, deren Bekämpfung nicht durch MG möglich war, aber nicht gegen Häuser, sondern nur gegen lebende Objekte eingesetzt werden sollte. Der scharfe Knall hätte außerdem eine starke seelische Wirkung.

■ Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

DRESDNER ORTSCHAFTEN

Schüler:innenbeförderung und sichere Schulwege gewährleisten!



Die Schüler:innenbeförderung und Schulwegesicherheit in den westlichen Dresdner Ortschaften muss dringend ausgebaut und verbessert werden.

Die Beförderung von Schüler:innen durch den öffentlichen Personennahverkehr ist ein fester und wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für die Kinder und Jugendlichen in den westlichen Dresdner Ortschaften bestehen dabei allerdings erhebliche Mängel. Die Ortschaften schilderten die Problematik bereits eingehend und berichteten von Wartezeiten über einer Stunde nach Schulschluss, die im Freien verbracht werden mussten. Inzwischen haben sich die Probleme ins Unerträgliche verschärft, sodass Schüler:innen aufgrund zu geringer Transportkapazitäten nicht mehr mitgenommen werden und ihren Schulweg so gar nicht antreten können. Sie sind damit wieder auf ihre Eltern angewiesen oder müssen, auch in der dunklen und kalten Jahreszeit, mindestens eine Stunde auf den nächsten Bus warten.

Dabei warb die Landeshauptstadt im Amtsblatt sogar dafür, dass Kinder und Jugendliche ihren Schulweg

eigenständig, ohne sogenannte Elterntaxis, bewältigen sollen.

Ein Schulweg zu Fuß ist für die Schüler:innen in den Ortschaften dabei keine Option, da die Ausdünnung im ländlichen Raum ohnehin dazu beigetragen hat, dass es mittlerweile keine Freizeitangebote, Einkaufszentren, geschweige denn Schulen gibt, die man überhaupt noch zu Fuß erreichen könnte.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, mit dem die mangelnde ÖPNV-Versorgung, konkrete Sicherheitsmängel bei Übergängen an Haltestellen sowie eine mittelfristige Anbindung zum Gymnasium Cotta nun angegangen werden sollen. Ebenso hat sich unsere Fraktion im Zuge der Haushaltsverhandlungen bereits erfolgreich für eine bessere Taktung der Busse für die Schüler:innenbeförderung eingesetzt, sodass nun im Doppelhaushalt 2021/22 die notwendigen Gelder dafür bereit gestellt werden.

Katharina Hanser

TU DRESDEN

Der Campus Süd wächst

Die Zahl der Studierenden an der TU Dresden wächst weiter. Der Exzellenzstatus sorgt zudem für üppige Fördermittel. Was der Technischen Universität hingegen fehlt, ist ausreichend Platz für neue Forschungs- und Lehreinrichtungen. Der Campus platzt aus allen Nähten, weshalb seit Jahren unterschiedliche Varianten für die Erweiterung diskutiert wurden. Dabei stellte der Mangel an geeigneten Flächen das Hauptproblem dar. Der Freistaat Sachsen hat sich als Bauherr mit der Landeshauptstadt auf die Flächen südlich der Nöthnitzer Straße verständigt. Hier soll in den nächsten Jahren eine Technologiemeile entstehen. Der Bebauungsplan sieht vor, die verbliebenen Lücken entlang der etwa einen Kilometer langen Achse zwischen Bergstraße und Münchner Straße zu schließen. In zweiter Reihe sind zudem weitere Institutsgebäude angedacht. Diese sollen direkt an den geplanten Südpark anschließen, der seit zwei Jahren auf der großen Freifläche nördlich der Kohlenstraße entsteht.



TU-Erweiterung auf der grünen Wiese
Richtung Südhang

Zum Bebauungsplan gab es ein umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren, bei dem der Umwelt- und Grünflächenschutz eine besonders große Rolle gespielt hat. Die Funktion der zu bebauenden Flächen als Frischluftschneise und Rückzugsort ist von erheblicher Bedeutung für die angrenzenden Wohngebiete. Die Belange eines Kleingartenvereins sowie mehrerer bereits bestehender Forschungsinstitute fanden umfangreiche Berücksichtigung. Im Zuge der Bebauung soll endlich auch die Kita »Farbenwelt« abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Wir werden als Fraktion darauf achten, dass der Vielzahl an unterschiedlichen Interessen bei der Umsetzung des Bebauungsplanes Rechnung getragen wird, damit die Campuserweiterung eine möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt. *Anne Holowenko*



Zwischen Ferdinandplatz und Georgsplatz: der Bauplatz für das Verwaltungszentrum.

Seid verschlungen, Millionen!

Neubau am Ferdinandplatz: Die Verwaltung schwärmte von einem umweltgerechten Tesla, bezahlt einen konventionellen Mercedes und bekommt einen artigen, kleinbürgerlichen Škoda ohne Extras.

Mit Beginn der Adventszeit wurde endlich Licht in das Dunkel eines der am strengsten gehüteten Geheimnisse der Dresdner Stadtverwaltung gelassen, den Entwürfen zum neuen Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz im Rahmen des »Wettbewerblichen Dialoges«. Der Wettbewerbliche Dialog ist ein Ausschreibungsverfahren für besonders komplizierte und vor allem neuartige Vorhaben, bei denen eigentlich vor Beauftragung die Lösungen erst herausgefunden werden sollen, »mit denen die Problemstellungen des Auftraggebers des komplexen Problems gelöst werden können beziehungsweise mit denen die Bedürfnisse und der angestrebte Nutzen des Auftraggebers befriedigt werden«, wie es im trockenen EU-Verwaltungsdeutsch heißt. Verwaltungszentren sind jetzt nicht so innovativ, allerdings kann das Verfahren auch dazu genutzt werden, einen Festpreis auszuhandeln. Richtig ist, dass mehr Kostensicherheit besteht, richtig ist aber auch, dass die Baukosten von vornherein teurer

Die Verhandlungsrunden laufen hinter den Kulissen völlig intransparent.

sind, wie Rechnungshöfe herausgefunden haben wollen, wodurch es für die öffentlichen Kassen aufs gleiche hinausläuft.

Die Verhandlungsrunden laufen dabei hinter den Kulissen völlig intransparent zwischen Verwaltung und Bewerbern. In den Jurysitzungen, wenn die Ver-

meidung eines Mindestmaßes an Öffentlichkeit in Form von Mitgliedern des Stadtrates unumgänglich ist, fehlt zu Beginn keiner Sitzung die Einschwörung auf die Omertà, einer mafiosen Schweigepflicht über die Entwürfe und die Bewertungen.

Ab 2017 hatte die Stadtverwaltung mittels einer Drohkulisse Druck gemacht, die von der TLG angemieteten ehemaligen Robotron-Gebäude stünden alsbald zum Abriss und auch sonst drohe der Verwaltung die Obdachlosigkeit wegen der Baufälligkeit des Neuen Rathauses. Drei Jahre später steht aber die St. Petersburger Straße immer noch und inzwischen liegen Offerten zumindest eines namhaften Vermieters vor, der die benötigten Flächen, fürs erste 30.000 Quadratmeter im Stück, an die Stadt für günstig Geld vermieten könnte. Denn, dass die Drewag ihren Standort Rosenstraße aufgibt und ein eigenes vergleichsweise preisgünstiges Bürohaus hinter dem Enso-Gebäude errichtet, war seinerzeit nicht erwähnt worden.

Zudem ist die Eigenerrichtung gegenüber einer Anmietung unwirtschaftlich. 116 Millionen Euro müssen auf Kredit finanziert und mit der Miete abgestottert werden, hinzu kommen der Eigenanteil der Stadt am Bau mit knapp zwanzig Millionen, die Millionen für das Schikaniergrundstück und der kalkulatorische Wert des Grundstückes in Bestlage. Auch der Ansatz des »Shared Desktops«, also keine festen Arbeitsplätze mehr, sondern Büromaden, die auf der »Reise nach Jerusalem« früh die besten Plätze im Großraumbüro ergattern wollen, wirkt in Zeiten einer Pandemie aus der Zeit gefallen.

Nun ist garnichts über die Entwürfe geschrieben worden. Aber der Verfasser dieses Artikels gehört der Jury an und muss schweigen. Und hat Angst, vom Oberbürgermeister persönlich in den Grundstein einbetoniert zu werden, wenn er zu viel singt. *Tilo Wirtz*

Nachhaltige Tretminen-Entfernung in Dresden?

Plastikbeutel zur Entfernung von Hundekot werden zu einer Belastung der Umwelt. Könnte eine kompostierbare Variante dieser Beutelchen die Lösung des Problems sein?

Beim Einkauf werden Plastiktüten zunehmend durch verschiedenste Mehrwegbehältnisse ersetzt. Bereits seit 2016 gibt es eine freiwillige Selbstverpflichtung des Handels, Plastiktaschen an der Ladenkasse nicht umsonst rauszugeben. Auch Loseläden sind mehr und mehr im Trend. Doch trotzdem schwimmen noch immer Tonnen an Plastikmüll in unseren Weltmeeren.

Doch an welchen Stellen ist Verpackung unerlässlich? Man kann als Beispiel die Entsorgung von Hundekot anführen, sogenannte Tretminen, welche die geliebten Vierbeiner auf Gewegen, Wiesen oder Parkanlagen hinterlassen. Hundekot-Tütenspende

mit entsprechenden Abfallbehältern sollten seit 1999 im Stadtgebiet von Dresden die Lösung bringen. In Summe stehen im Stadtgebiet 57 Hundekotbeutelspender mit Kotbehältern (35 der Firma HaiDog und 22 der Firma Dog-Station). Ihre Bewirtschaftung kostet die Stadt jährlich fast 25.000 Euro.

Die handelsüblichen Hundekotbeutel bestehen aus Polyethylen, aus verarbeitetem Erdöl, und sind daher in ihrer Herstellung nicht nachhaltig. Bereits 2017 wurde seitens des Oberbürgermeisters berichtet, dass das Einführen der Hundekotspender lediglich zu einer geringen Verbesserung führte: »Weiterhin werden Hundekothaufen liegen gelassen. Auch in unmittelbarer Nähe der Hundetoiletten.« Laut einer Statistik von Organic Dog werden in Deutschland pro Jahr schätzungsweise 500 Millionen Beutel verbraucht – eine kaum vorstellbare Menge zusätzlichen Plastikmülls.

Bisher werden Kotbeutelbehälter nur zu 40 Prozent mit recyclebaren Tüten bestückt. Die vollständige Verwendung von Tüten aus kompostierbarem Material könnte dieses Problem lösen. Und diese gibt es auch bereits, verschiedene Anbieter vertreiben mittlerweile kompostierbare Hundekotbeutel. So bietet zum Beispiel Organic Dog Life Berlin 100 Prozent plastikfreie und vollständig kompostierbare Beutel an. Diese werden auf Basis von Pflanzenmaterialien, auf Maisbasis, pflanzlichen Ölen und kompostierbaren Polymeren produziert, sind dabei trotzdem so stabil und nutzbar wie herkömmliche Plastikbeutel.

Um einen weiteren Schritt in eine – noch ferne – plastikfreie Zukunft zu beschreiten, erarbeitet die Fraktion DIE LINKE derzeit einen Antrag zur Bestückung der Dresdner Hundekotspender mit kompostierbaren Tüten.

Margot Gaitzsch



Kompostierbare Hundekotbeutel sollen für weniger Plastikmüll in Dresdner Parks sorgen.



DIGITALE SCHULEN IN SACHSEN

Zügige Umsetzung der Richtlinie

In der letzten Ratssitzung vor Weihnachten beschloss der Stadtrat, dass die Stesad die Umsetzung von Maßnahmen nach der Richtlinie »Digitale Schulen« nun übernehmen soll. Die dafür bereits bewilligten Fördergelder von rund 28 Millionen Euro durch die Sächsische Aufbaubank müssen bis Oktober 2024 in die Ertüchtigung und Schaffung von passiven Datennetzwerkstrukturen investiert werden, sprich: in eine ordentliche Anbindung der Dresdner Schulen ans Internet. Die gegenwärtig schwierige Situation des Heimunterrichts während der Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung.

Die Redaktion

ANTRAGSINITIATIVE

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen

Am 4. Oktober 2020 kam es in Dresden zu einer Messerattacke gegen zwei Menschen, bei der eine der beiden attackierten Personen seinen Verletzungen erlag. Bei den Opfern handelte es sich um ein homosexuelles Paar und es ist wahrscheinlich, dass der Täter aus homophoben Gründen gehandelt hat. Sollte dies so sein, dann wäre das nicht das erste Mal, dass hier in Dresden homosexuelle Menschen Opfer von Gewalt werden.

Die Fraktion DIE LINKE verurteilt sämtliche Taten, die sich gegen eine offene Gesellschaft, ein selbstbestimmtes Leben und Diversität richten. Hierbei spielt es auch keine Rolle, ob die Motivation für solche Taten eine rechte, nationalsozialistische, islamistische – welcher von Konservativen und Rechten auch gern fälschlicherweise mit dem Islam gleichgesetzt wird –



oder andere menschenverachtende Ideologie ist. Die Feinde der Demokratie und des Menschen sind eben nicht nur auf den montäglichen Demonstrationen zu finden.

Daher sollte die Arbeit von Vereinen und Projekten, die zur politischen Aufklärung und Bildung beitragen, noch weiter ausgebaut werden, damit die Zahl menschenfeindlicher Übergriffe nicht ständig weiter steigt.

Die Fraktion DIE LINKE hat aus diesem Grund in einem Antrag die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 50.000 Euro gefordert, mit dem bereits bestehende Fördermöglichkeiten für Vereine und Projekte unterstützt werden sollen, die sich für ein selbstbestimmtes Leben sowie sich für Demokratie einsetzen. Der Antrag soll eine konkrete Maßnahme sein, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen.

Leo Lentz



Die Verwaltung muss dringend für eine bessere technische Ausstattung des Gesundheitsamts sorgen.

GESUNDHEITSAMT Uralt-Technik behindert schnelles Handeln

Einige Bürger:innen in Dresden berichten, dass das Gesundheitsamt immer länger brauche um Quarantäne-Bescheide zu versenden. Teilweise kamen diese erst nach Wochen bei den Betroffenen an. Angesichts der gegenwärtig hohen Infektionszahlen ist es kaum verwunderlich, dass eine gründliche Kontaktverfolgung seine Zeit braucht, obwohl das Personal stetig aufgestockt wird.

Verbesserungsbedarf sieht Stadtrat Christopher Colditz, Mitglied im Gesundheitsausschuss, allerdings an einer anderen Stelle, und zwar an der technischen Infrastruktur. »Was hat Dirk Hilbert eigentlich in den letzten zehn Monaten der Corona-Pandemie gemacht? Das Gesundheitsamt quält sich noch immer mit überalterter Servertechnik herum, sodass Menschen noch auf ihre Quarantänebescheide aus Mitte November warten müssen! Auch das nur ein geringer Teil der Belegschaft im Gesundheitsamt mit einem Laptop ausgestattet ist, lässt sich nicht nachvollziehen. Gerade die Mitarbeiter:innen im Gesundheitsamt werden besonders jetzt zur Nachverfolgung von Infektionsketten benötigt, sie sollten besser geschützt und ihnen das Homeoffice ermöglicht werden.« *Die Redaktion*

ANTRAGSINITIATIVE

Beteiligungszentrum für die Innere Altstadt

Mit einem gemeinsamen Antrag von LINKEN und Grünen soll ein Konzept für ein Vernetzungs- und Beteiligungszentrum in der inneren Altstadt geschaffen werden. Damit sollen verschiedensten Akteur:innen und Akteuren Räume zur Verfügung gestellt werden, um diese für verschiedenste Veranstaltungen nutzen zu können und Begegnungen zu ermöglichen. Durch die Erschaffung einer Begegnungsstätte soll auch die Fortführung des Projektes »Zur Tonne« gesichert werden. Mit diesem Projekt werden Lebensmittel, die noch frisch sind, deren Mindesthaltbarkeitsdatum jedoch überschritten ist, zu einem Abendmenü verarbeitet. Für dieses zahlt man nur so viel, wie man möchte oder erübrigen kann. Allgegenwärtige Lebensmittelverschwendung soll damit verringert werden und gleichzeitig sollen Menschen zusammengebracht werden. Allerdings ist das Projekt »Zur Tonne« ein Zukunftsstadtprojekt, welches im Dezember dieses Jahres ausläuft. Dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Tafel e.V. und der Treberhilfe eine Zukunft zu geben, ist ein wichtiges Anliegen des interfraktionellen Antrags. *Die Redaktion*



Das Beteiligungszentrum fördert Begegnungen.

KULTURAUSSCHUSS

AfD und Freie Wähler blockieren Kulturförderung



AfD und Freie Wähler sind ein Hemmklotz für die kulturelle Entwicklung Dresdens.

Skandal kurz vor Weihnachten: In der Sonder Sitzung des Kulturausschusses nur drei Tage vor Weihnachten verhinderten die Vertreter von AfD und Freien Wählern den Beschluss für

die Kommunale Kulturförderung für 2021. Mit einem Minderheitenvotum von vier Stimmen hieften sie die Beschlussfassung in den Stadtrat. Da dieser erst am 28. Januar wieder tagt, müssen nun sämtliche Vereine und Initiativen bis weit in das neue

Jahr hinein warten, bis sie Klarheit über ihre städtische Förderung haben. Zur Abstimmung im Ausschuss standen neben den entsprechenden Vorlagen zur institutionellen wie zur Projektförderung zwei interfraktionelle Änderungsanträge der LINKEN, Grünen, CDU, SPD und FDP, mit denen die Haushaltsbeschlüsse vom vergangenen Donnerstag umgesetzt und ein großer Teil der ursprünglich vorgesehenen Kürzungen bei den kulturellen Vereinen zurückgenommen werden sollten. Weder die Vertreter der AfD noch die Vertreterin der Freien Wähler hatten konkrete Änderungswünsche, ihr Verhalten war rein auf Verhinderung ausgerichtet. *Die Redaktion*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
Fax: 0351/4882823
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Jana Neveling,
Susann Dietzschold

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,
Margot Gaitzsch, Katharina Hanser,
Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz,
Esther Ludwig, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss

7.1.2021

Bildnachweise

Nicman/pixabay.com (1); Jana Neveling (2); Archiv der Fraktion (2); Dominik_Alexander_1977/pixabay.com (3); Theater/piqsels (4); Tilo Wirtz (4, 5, 6); Haltestelle/piqsels (5); Hundekotbeutel/piqsels (7); Unterricht digital/piqsels (7); Demonstration/piqsels (7); Computer/piqsels (8); StartupStockPhotos/pixabay (8); Konzert/piqsels (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat